

Mittelfristige strategie des EGB zu migration, asyl und integration

Angenommen auf der Tagung des EGB-Exekutivausschusses am 8 and 9 Juni 2016

Zusammenfassung

2 Millionen langfristige Migranten pro Jahr haben die EU als Ziel. Aber der Einstrom ist heterogener als in der Vergangenheit und die Migrations- und Asylpolitik sollte stärker integriert sein, um sich an eine neue Realität anzupassen.

Die EU braucht eine Sozialpolitik auf der Grundlage von Solidarität, Integration und Einbeziehung zum Nutzen aller.

Um Migranten wirklich in Arbeitsmarkt und Gesellschaft zu integrieren, und um Ausbeutung, Dumping und unlauteren Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt zu vermeiden, müssen Migranten und lokale Arbeitnehmer Zugang zu Jobs haben, die zu ihren Fertigkeiten passen, am Arbeitsplatz gleichberechtigt sein und gleichen Zugang zu Sozialversicherungssystemen haben.

Die legitime Besorgnis von Menschen, die die substanzielle Unfähigkeit ihrer Regierungen sehen, humanitäre und nachhaltige Lösungen für Flüchtlinge zu bieten, verlangt sofortige Antworten.

Die Gewerkschaftsbewegung muss stärkeren Einfluss auf die Entscheidungsfindung der EU ausüben, die Herausforderung der Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt erfolgreich bewältigen und den politischen Stillstand innerhalb der Institutionen der EU deblockieren.

Gewerkschaften stehen für Toleranz und Respekt vor der menschlichen Würde und werden die Aufnahme von Migranten in die Gewerkschaften als Faktor zur Integration fördern.

Der EGB wird sich mit dem IGB für die sozioökonomische Entwicklung und Konsolidierung demokratischer Institutionen in den Herkunfts- und Transitregionen der Migrationsströme einsetzen.

UnionMigrantNet wird weiter ausgebaut werden, um die Fähigkeit von Gewerkschaften zu stärken, Wanderarbeiter zu organisieren und sie bei der Einforderung ihrer Rechte am Arbeitsplatz zu unterstützen.

Die EU – Ziel für 2 Millionen Menschen pro Jahr – Grundsätze einer Migrationspolitik der EU

Die EU ist das Ziel für eine steigende Anzahl von Migranten, die mehr als in der Vergangenheit internationalen Schutz suchen. 2015 war ein signifikanter Anstieg der Anzahl der Flüchtlinge zu verzeichnen, die in die EU kamen – mehr als 1 Million. Doch Länder in Nahost haben einen viel höheren Anteil von Flüchtlingen aufgenommen: in der Türkei, im Libanon, in Jordanien, Irak und Ägypten sind das schon mehr als 4,5 Millionen. Die europäische Politik muss diese neue Realität reflektieren.

Europa muss legale und sichere Kanäle für Wirtschaftsmigration, Familienzusammenführung, Studierende und internationale Schutzsuchende schaffen, um weitere Todesfälle auf See und an Binnengrenzen zu vermeiden und um der Industrie von Schleppern und illegaler Migration Einhalt zu gebieten. Eine umfassende Strategie zu Migration und Asyl, und stärkere Konsistenz zwischen den internen und externen Programmen zu Migration und Asyl werden es den 28 Mitgliedsstaaten ermöglichen, mindestens 2 Millionen Menschen pro Jahr aufzunehmen, zu schützen und unterzubringen, wie die EU das in der Vergangenheit erfolgreich getan hat. Demografische Herausforderungen können dank gut gelenkter Ströme und einem Zugang zur Integration basierend auf Gleichbehandlung und Chancengleichheit zu größerer Offenheit führen.

Internationale Normen verfolgen das Ziel, alle Migranten auf der ganzen Welt zu schützen, aber wie das in Europa der Fall ist, sind diese nicht ratifiziert oder kaum durchgesetzt. Internationale Konventionen zur Festlegung von Normen für den Schutz von Migranten müssen umgesetzt und durchgesetzt werden, darunter das IAO-Übereinkommen 97 (Übereinkommen über Wanderarbeiter, 1949, revidiert), das IAO-Übereinkommen 143 (Wanderarbeiter, Zusatzbestimmungen, 1975) und die Konvention 144 des Europarates über die Beteiligung von Ausländern am kommunalen öffentlichen Leben. Die internationale Konvention der UNO zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen muss noch durch alle EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert werden. Länder müssen auch die Genfer Flüchtlingskonvention aus dem Jahr 1951 einhalten.

Die europäische Migrationsstrategie, auf der Grundlage von Selektivität und Zirkularität, hat versagt, weil sie mit der heutigen Zusammensetzung der Migrationsströme weltweit manifest inkompatibel ist. Überdies werden Mängel im Management der Flüchtlingskrise und der Migrationspolitik zu einer steigenden Anzahl von Menschen und Arbeitnehmern mit prekärem Status oder ohne adäquaten Aufenthaltsstatus führen.

Gesucht: eine Politik, die an die neue Realität der Migrationsströme angepasst ist

Der EGB ersucht die EU und die Mitgliedsstaaten, den holistischen Zugang zur Migrationspolitik anzunehmen, der durch das Europäische Parlament vorgeschlagen wurde. Die zukünftige Strategie der EU sollte stärker auf die Lage der Migranten ausgerichtet sein, die bereits in der EU sind. Prioritär ist ein rechtsbasierter Zugang, der ein legales Bleiberecht für alle gewährleistet, die arbeiten, aber durch ihre Arbeitgeber in ein irreguläres Statut gezwungen werden, und für völlige Gleichbehandlung mit lokalen Arbeitnehmern sorgt.

Der EGB ist überzeugt, dass eine gut gesteuerte Immigration zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen beitragen kann, denen Europa sich in den kommenden Jahren stellen muss. Der Erhalt einer positiven Netto-Migrationsrate sollte ein mittelfristiges Ziel der EU sein. Aber Neuankömmlinge sollten die Möglichkeit bekommen, schnell und voll zur sozioökonomischen Entwicklung der aufnehmenden Gesellschaften beizutragen, gemeinsam mit allen anderen Mitgliedern der aufnehmenden Gemeinschaften.

Die Arbeiterbewegung kämpft für den Schutz aller Arbeitnehmer, für allgemein gültige und hochwertige Wohlfahrtssysteme, und für Solidarität und Gleichberechtigung in leistungsstarken Volkswirtschaften. Das Sozialmodell der EU war vielen Angriffen ausgesetzt, während wir ein starkes Wiederaufleben fremdenfeindlicher Rhetorik beobachten, die die Schuld bei den Migranten und nicht bei schlechten politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen sucht, die zu hoher Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung führen. Mehr und mehr beuten führende Vertreter der EU die Ängste einiger Arbeitnehmer, darunter auch Gewerkschaftsmitglieder, aus, wonach die Aufnahme von mehr Migranten zu geringerem Wohlstand, weniger Arbeitsplätzen und schlechteren Arbeitsbedingungen führen wird.

Wir müssen diesen Ängsten mit Fakten begegnen und Lösungen anbieten. Gewerkschaften stehen im Kampf gegen Ausbeutung, Menschenhandel und Schwarzarbeit an vorderster Front. Fälle irregulärer Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen, die durch Gewerkschaften bekannt gemacht werden, sollten deren Regularisierung erleichtern. Die EU-Gesetzgebung, beginnend mit der Arbeitgebersanktionsrichtlinie, sollte revidiert werden, um günstigere Bedingungen für Migranten zu schaffen, um aus einer Situation von gezwungener Irregularität und Ausbeutung zu entkommen.

Gewerkschaften sind gegen Ausbeutung von und unlauteren Wettbewerb zwischen Migranten und lokalen Arbeitnehmern, und kämpfen für volle Gleichbehandlung am Arbeitsmarkt, am Arbeitsplatz und beim Zugang zu Sozialversicherungssystemen und Leistungen. In dieser Hinsicht müssen spezifische Maßnahmen ergriffen werden, um alle Formen von Diskriminierung basierend auf dem Migrationshintergrund zu beseitigen. Gewerkschaften engagieren sich dafür, über Lobbying und Verhandlung, aber auch Kommunikation und Bildungsstrategien eine andere Darstellung des Migrations- und Flüchtlingsphänomens anzubieten.

Migrationspolitik auf der Grundlage von Solidarität, Integration und Einbeziehung zum allgemeinen Nutzen

Wir wissen heute, dass Migranten in Ländern mit einer effizienteren Integrationspolitik netto zur allgemeinen Solidarität beitragen, da sie an Steuern und Beiträgen mehr einzahlen als sie an Unterstützung oder Dienstleistungen in Anspruch nehmen.

Andererseits kann ein Migrationshintergrund zu sozial und ökonomisch unzureichender Leistung führen, wenn Migranten vielerlei Arten von Diskriminierung ausgesetzt sind. Gleichbehandlung ist der Zement einer zusammenhängenden Gesellschaft, und Chancengleichheit der Motor dynamischer Gesellschaften. Alle EU-Politiken sollten konsequent Investitionen in allgemein gültige und hochwertige öffentliche Dienstleistungen und Güter fördern. Es ist eine Aufgabe der Migrationspolitik, Migranten in den Solidaritätszyklus einzugliedern und damit den sozialen Zusammenhalt zu wahren.

Dazu müssen sowohl Migranten als auch lokale Arbeitnehmer Zugang zu Beschäftigung haben und Chancengleichheit am Arbeitsmarkt sowie Gleichbehandlung am Arbeitsplatz genießen.

Gewerkschaften sind besorgt über die Ausweitung unsicherer Beschäftigungsbedingungen und den Missbrauch von Migranten – und anderen gefährdeten Arbeitnehmern – durch gewissenlose Arbeitgeber, um lokale Arbeitnehmer für niedrigere Löhne arbeiten zu lassen. Diese unsicheren und ausbeuterischen Arbeitsmarktbedingungen haben, in Kombination mit Kürzungen öffentlicher Dienstleistungen durch einige Regierungen, die irrige Sparmaßnahmen ausführen wollen, die Besorgnis über Migration und Flüchtlinge bei lokalen Arbeitnehmern und Gemeinschaften angeheizt.

Verbreitete Formen unsicherer Beschäftigung schwächen die Position der Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt. Migranten und dabei insbesondere Frauen haben ein erhöhtes Risiko, in unsicheren Situationen und in Arbeitslosigkeit zu landen. Stabilere und sicherere Arbeitsverträge für alle bleiben eine wesentliche Forderung der Gewerkschaftsbewegung. Das ist der einzige Weg zur Abschaffung der Ungerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt und zum Stopp der Abwärtsspirale bei Arbeitsschutz und -rechten, unter der alle Arbeitnehmer in der EU zu leiden haben.

Alle Arbeitnehmer müssen Beschäftigungsrechte haben, die wirklich durchgesetzt werden, und Arbeitgeber müssen mit Gewerkschaften verhandeln, damit alle Arbeitnehmer stabile Verträge und gerechte Löhne bekommen. Die Einführung eines Minimums für alle Arbeitnehmer ist auch unerlässlich, will man den unlauteren Wettbewerb am Arbeitsmarkt beenden. In der Zwischenzeit müssen Regierungen Veränderungen in der Bevölkerung überwachen und richtig investieren, um veränderte Bedürfnisse zu befriedigen.

Engagement für eine einflussreichere Position für Gewerkschaften in der Entscheidungsfindung und im gesetzlichen Rahmenwerk der EU

Der EGB will dafür sorgen, dass Forderungen von Gewerkschaften nach Integration und Arbeitsbedingungen von Migranten in den wichtigsten Entscheidungsprozessen der EU vorgebracht und angehört werden, darunter das Europäische Semester und der soziale Pfeiler. Soziale Rechte sind universal und müssen für die gesamte Bevölkerung gelten, ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit oder ihres Einwanderungsstatus. Ausnahmen aufgrund von Staatsangehörigkeit oder Einwanderungsstatus sind inakzeptabel. Die Kluft zwischen Arbeitnehmern mit unterschiedlichen Beschäftigungs- oder Einwanderungsstatus muss aus der Welt geschafft werden.

Der EGB wird die zukünftige Entwicklung aktueller und neuer EU-Gesetze weiterhin überwachen, um eine korrekte Durchsetzung der Daueraufenthaltsrichtlinie und der Familienzusammenführungsrichtlinie sicherzustellen, und auch die korrekte Umsetzung der Saisonarbeiterrichtlinie überwachen. Er wird sich dafür einsetzen, Schwachpunkte im Gleichbehandlungsgrundsatz aus der ITC-Richtlinie zu holen.

Der EGB wird die Revision der Hochqualifiziertenrichtlinie unterstützen, wenn dadurch legale Kanäle geöffnet werden, über die mehr Migranten eine Blaue Karte erhalten können, ohne dass die Schutznormen eingeschränkt werden. Der EGB wird sich weiterhin für eine Rahmenrichtlinie einsetzen, die eine einzige Gleichbehandlungsnorm für alle Drittstaatsangehörigen einführt, die in Europa arbeiten. Der EGB wird sich gegen jede Form der Visaliberalisierung und andere Bestimmungen widersetzen, die aus dem Abschluss von Handelsabkommen entstehen, die auf die Öffnung der Dienstleistungsmärkte für Unternehmen aus Drittstaaten abzielen und vom Grundsatz abweichen, wonach das Gesetz des Landes gilt, in dem die Arbeit tatsächlich ausgeführt wird.

Erfolgreiche Aufnahme, Integration und Eingliederung von Flüchtlingen am Arbeitsplatz

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten haben internationale Verpflichtungen, Asylwerber und Menschen, die humanitären Schutz brauchen, aufzunehmen und zu integrieren. Zurzeit müssen wir anerkennen, dass die EU, trotz der Bemühungen der Europäischen Kommission und einiger Regierungen, diesen Verpflichtungen nicht nachkommt. Im Gegenteil, eine verantwortungsbewusstere und gemeinsame Politik für Flüchtlinge würde es Europa ermöglichen, voll vom potenziell positiven

Beitrag zu profitieren, den Flüchtlinge zur europäischen Wirtschaft, Arbeitswelt und Gesellschaft leisten können.

Die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt ist eine Herausforderung, aus denen Aufnahmeländer eine Chance machen können. Es wird angenommen, dass eine schnelle Integration von Flüchtlingen schnelle positive Auswirkungen auf das BIP, das Wachstum öffentlicher Ausgaben zur Finanzierung neuer Infrastruktur und Arbeitsplätze haben kann. Noch bemerkenswertere Auswirkungen sind langfristig durch die Dynamik zu beobachten, die Flüchtlinge in die aufnehmenden Gemeinschaften bringen können.

Dies ist ein Grund für aktive Arbeitsmarktpolitik, die Migranten und Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert. Nur eine Handvoll von Ländern haben Vertrauen in ihr eigenes Potenzial gezeigt und die Herausforderung angenommen. Es ist deutlich, dass dies nur geschehen kann, wenn Flüchtlinge wirklich in alle EU-Länder umgesiedelt werden, je nach den Bedürfnissen und der Aufnahmefähigkeit der jeweiligen Wirtschaft und des dortigen Arbeitsmarktes. Nur einigen Ländern die Last einer Asylpolitik der EU aufzubürden, wie das in den vergangenen Jahren und Monaten der Fall war, schafft politische und soziale Unruhe und feindselige Gefühle bei der lokalen Bevölkerung, wodurch europäische Solidarität und die Fähigkeit, diese Notsituation richtig zu bewältigen, zerstört werden.

Die Auswirkungen, die eine plötzliche und außerordentliche Anzahl von Flüchtlingen auf lokale Arbeitsmärkte haben kann, dürfen nicht unterschätzt werden. Ihre Arbeitsfähigkeit kann durch die harten Bedingungen ihrer Reise, körperliches und geistiges Leid und nicht zuletzt den Stress im Zusammenhang mit der Zahlung von Schleppern beeinträchtigt sein. Viele Frauen waren Gewalt und Belästigungen während ihrer Reise ausgesetzt. Sie brauchen besondere Aufmerksamkeit und maßgeschneiderte Unterstützungsprogramme. Eine erfolgreiche Integration von Flüchtlingen hängt von der Erfüllung menschlicher Grundbedürfnisse und Rechte ab, wie eine faire und effiziente Bearbeitung von Asylanträgen (einschließlich von Berufungsverfahren), Unterbringung, Gesundheit, Ernährung, Bildung für Kinder, Zugang zu anderen öffentlichen Dienstleistungen und ausreichende finanzielle Unterstützung zur Befriedigung von Grundbedürfnissen. Zugang zu Beschäftigung erfordert eine höhere Investition in die Beurteilung, den Ausbau, die Anerkennung von Fertigkeiten und Qualifikationen sowie die Abstimmung der Kompetenzen. Überdies hat nur jeder dritte Flüchtling Aussicht auf eine dauerhaft Ansiedlung. Es kann Menschen entmutigen, in ihren Daueraufenthalt zu investieren, wodurch sie geringfügige aber sofortige Einkünfte vorziehen, und es macht es schwer für alle – privaten und öffentlichen – Akteure, die beschränkt verfügbaren Ressourcen optimal einzusetzen. Die "skills Garantie" eingeführt durch die Skills Agenda sollte eine Gelegenheit für alle Migranten und Flüchtlinge bieten, gegebenenfalls mit spezifischen Programmen angepasst auf ihre spezifischen individuellen Bedürfnisse.

Der EGB möchte betonen, dass Länder, die 2015 Flüchtlinge aufgenommen haben, bereits ein BIP-Wachstum (zwischen +0,3 und 0,5 %) verzeichnet haben, vorwiegend durch zusätzliche öffentliche Ausgaben für Infrastruktur und neue Arbeitsplätze für Ärzte, Beamte, Psychologen, Lehrer, Ausbilder usw. Die Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Wachstum werden in den kommenden Jahren positiv bleiben, wenn wir heute die richtigen Entscheidungen treffen.

Die Flüchtlinge mit dem höchsten Potenzial sind Kinder. Kinder haben sofort Zugang zu Schule und die Möglichkeit erhalten, Beziehungen zu aufnehmenden Bevölkerungen aufzubauen.

Für erwachsene Flüchtlinge haben die europäischen Sozialpartner deutliche Prioritäten formuliert. Je schneller Flüchtlinge beschäftigt werden, umso größer werden die Vorteile für die aufnehmenden Gesellschaften sein. Dafür müssen Behörden in die Beurteilung und den Ausbau von Fertigkeiten sowie die Abstimmung der Kompetenzen investieren. Sozialpartner können dazu beitragen, die Auswirkungen einer plötzlichen Ankunft von Flüchtlingen auf lokalen Arbeitsmärkten zu mildern.

Der soziale Dialog ist eine Antwort auf die Notwendigkeit, alle sozialen und ökonomischen Akteure zu mobilisieren, um ein günstiges Umfeld für eine integrative Arbeitsmarktpolitik zu schaffen. Die gemeinsame Erklärung der europäischen Wirtschafts- und Sozialpartner über Flüchtlinge, unterzeichnet im März 2016, sollte nationale Sozialpartner und Institutionen dazu ermutigen, ihre Anstrengungen zu bündeln, um konkrete Maßnahmen zur Integration von Migranten und Flüchtlingen je nach den nationalen Situationen umzusetzen. Die europäischen Sozialpartner können zur Verbreitung und Reproduktion bewährter Praktiken beitragen. Das jüngst in Dänemark abgeschlossene Dreiparteienabkommen ist ein Beispiel für reelle und weitsichtige Kooperation, um eine schnelle und faire Eingliederung von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt zu erreichen. Tripartite Abkommen und Multi-

Stakeholder-Programme wurden bereits in anderen europäischen Ländern abgeschlossen. Solche guten Praktiken müssen verbreitet und multipliziert werden.

Der EGB wird weiterhin den Dialog über Migration und Kompetenzen unterstützen, der durch die Europäische Kommission GD Inneres im Januar 2016 gestartet wurde. Das Engagement von Unternehmen und Gewerkschaften sollte besser genutzt werden, um Engpässe am Arbeitsmarkt zu identifizieren und Bedingungen für die Eröffnung legaler Kanäle zu schaffen. Als Koordinator der Gewerkschaftsbeteiligung am Dialog befürwortet der EGB einen Zugang auf Grundlage von Gleichbehandlung und Chancengleichheit, um die Integration von Migranten und Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt zu erreichen.

Beendigung des politischen Stillstands innerhalb der Institutionen der EU

Damit das Potenzial der Migration freigegeben werden kann, braucht Europa eine gemeinsame Asylpolitik und eine neue Migrationspolitik. Der politische Stillstand innerhalb der Institutionen der EU muss deblockiert werden. Der EGB hat bereits angeprangert, dass gemeinsame Entscheidungen und insbesondere die Umsiedlungsprogramme nicht umgesetzt werden. Er hat die jüngsten Entscheidungen des Rates kritisiert, und insbesondere dazu aufgerufen der Einigung zwischen der Türkei und der EU ein Ende zu setzen.

Es ist an der Zeit, nationale Regierungen dazu aufzufordern, sich für ein Gemeinsames europäisches Asylsystem zu engagieren und zugleich verbindliche gemeinsame europäische Normen für die Aufnahme und Ansiedlung von Asylwerbern zu akzeptieren. Das Gemeinsame Asylsystem muss den Buchstaben und den Geist der internationalen Verpflichtungen zum Schutz von Flüchtlingen erfüllen und dabei die Interessen von internationalen Schutzsuchenden in den Mittelpunkt rücken. Mitgliedsstaaten werden aufgefordert, ihre Pflichten in Bezug auf Solidarität und Verantwortung in einem Gemeinsamen Asylsystem zu erfüllen und so die Aufnahmekapazität der EU zu erhöhen. Das wäre ein Beispiel für die ganze Welt.

Das Gemeinsame Asylsystem wird zum reibungslosen Funktionieren des Schengen-Raums beitragen, der eine der wichtigsten Errungenschaften der EU und ein Symbol der Freiheit für 500 Millionen europäischer Bürger ist.

Am 4. April 2016 hat die Europäische Kommission eine Mitteilung präsentiert: Reformierung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und Erleichterung legaler Wege nach Europa. Später stellte die Kommission ein erstes Gesetzespaket vor, das einen Vorschlag zur Neuerung der Dublin-III-Vorschriften enthält. Ein zweites Maßnahmenpaket wird im Juni vorgestellt und ein Plan zu Integration und regulärer Migration wird für Juli erwartet.

In diesem Kontext wird der EGB mobilisieren, um:

- a) Unwahrheiten über Migranten und Flüchtlinge aus der Welt zu schaffen, während das Bewusstsein um internationale Verpflichtungen gegenüber internationalen Schutzsuchenden gestärkt wird.
- b) dauerhafte europäische Mechanismen für die Umsiedlung internationaler Schutzsuchenden zu fordern und sich jeder Form der Monetisierung der Grundrechte von Flüchtlingen auf Schutz zu widersetzen.
- c) Vorschläge für die Einführung verbindlicherer Normen für Aufnahmestrukturen und Unterstützung für Flüchtlinge zu unterstützen, um aus dem gesamten Grundgebiet der EU einen sicheren Ort für internationale Schutzsuchende zu machen.
- d) legale sichere Wege für internationale Schutzsuchende und Wirtschaftsmigranten zu fordern, um Menschenschmuggel und -handel effizienter zu bekämpfen.

Gewerkschaften für Toleranz und Respekt vor menschlicher Würde

Es herrscht wachsendes Misstrauen über die Fähigkeit der EU und nationaler Institutionen, Asyl- und Migrationspolitik zu beherrschen. Wenn darauf nicht reagiert wird, können Menschen Unwahrheiten zum Opfer fallen und intolerante Meinungen übernehmen. Menschen neigen auch zu übertriebenen Reaktionen, da viele andere Faktoren, darunter die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, den sozialen Zusammenhalt in Europa unterminiert haben.

Zum Kampf gegen Populismus und Fremdenhass muss die Gewerkschaftsbewegung diese Unwahrheiten entkräften und ihre eigene Darstellung in den Vordergrund rücken.

Gewerkschaften werden ihre Mitglieder und die gesamte Bevölkerung sowie Behörden auf allen Niveaus mit wertorientierten Botschaften ansprechen, die die Herausforderungen der Migration nicht beschönigen, sondern mit Fakten und Nachweisen die Vorteile erklären, die gut beherrschte Migrationsströme für alle erzeugen können.

Der EGB verurteilt die Beschränkungen der Pressefreiheit. In den Flüchtlingslagern, den Aufnahmezentren und Haftanstalten ist es Journalisten nicht immer erlaubt über die tatsächliche Situation von Gast-Flüchtlingen zu berichten oder diese zu bezeugen. Zugleich fordert der EGB die Medien und Presseunternehmen auf ihre ethischen Werte zu befolgen, sich der Wahrheit zu verpflichten und davon abzusehen falsche Darstellungen der Realität zu füttern, die in der öffentlichen Meinung in Europa und weltweit deplazierte Gefühle erzeugen und zu Hassreden ermutigen können.

Die Gewerkschaftsbewegung ist überzeugt, dass Europa dank seiner integrativen Gesellschaften und zwischenmenschlichen Beziehungen auf Grundlage von Vertrauen eine Erfolgsgeschichte ist. Fremdenhass und Intoleranz blockieren den Geist und verhindern die kulturelle Entwicklung in europäischen Gesellschaften. Verantwortungslose politische Kräfte spielen mit den Ängsten der Menschen und verbreiten Mythen und Unwahrheiten, nicht nur über Migranten, sondern über alle Menschen, die Diversität repräsentieren. Die Realität zeigt, dass Gesellschaften, die sich hinter ihren Ängsten verschanzen, langsames Wirtschaftswachstum und weniger allgemeinen sozialen Fortschritt erreichen.

Der EGB wird sich weiterhin für Migrations- und Asylpolitik auf der Grundlage von Fakten und Nachweisen einsetzen und seine Botschaft auf dem Respekt vor Rechten, Gleichheit und Möglichkeiten für alle begründen.

Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft hat sich als Mittel zur Integration erwiesen. Da 7 % der europäischen Gewerkschaftsmitglieder aus Migranten bestehen, gibt es in der Gewerkschaftsbewegung keinen Platz für Rassismus, Fremdenhass oder irgendeine Form von Intoleranz. Die Gewerkschaftsbewegung steht für die Rechte aller Arbeitnehmer. EGB-Mitglieder engagieren sich für den Kampf gegen fremdenfeindliche Tendenzen in ihren Einflussbereichen.

UnionMigrantNet zeigt der Außenwelt, dass die Gewerkschaftsbewegung Migranten vertritt und ihnen konkrete Unterstützung bietet, kostenlos und ungeachtet ihres Status. Es zeigt auch, dass Gewerkschaften nicht bereit sind, irgendjemand die Ausbeutung von Arbeitnehmern zu erlauben, um den sozialen Fortschritt in Europa zu stoppen. Es ist Zeit für Vorschläge, um die Stimmen von Arbeitnehmern mit einem Migrationshintergrund in den politischen Prozessen der Gewerkschaften unablässig hörbar zu machen.

Der EGB wird für einen zweiseitigen Weg zur Integration arbeiten, indem er auf die Gewerkschaftsmitgliedschaft von Migranten setzt und ihre Sichtbarkeit in den EGB-Gremien erhöht. Der EGB wird seine Mitgliedsorganisationen auffordern, Dasselbe zu tun.

UnionMigrantNet zeigt die Arbeit, die EGB-Mitglieder leisten, um Migranten bei der Einforderung ihrer Rechte am Arbeitsplatz und auf Gleichbehandlung mit anderen Arbeitnehmern zu unterstützen. UnionMigrantNet dient auch als Beispiel für gewerkschaftsüberschreitende Zusammenarbeit, um Arbeitnehmer zu unterstützen und gewerkschaftlich zu organisieren.

Die europäische Gewerkschaftsbewegung ist bereit, das Wissen, das sie im Bereich der Unterstützung und Integration von Migranten und der Freizügigkeit erworben hat, weiterzugeben. UnionMigrantNet sammelt, in einem einzigartigen grenzüberschreitenden Netzwerk, die besten Erfahrungen auf europäischer Ebene und ist in einer besseren Position, um Projektaktivitäten zur Verstärkung der Kooperation mit Gewerkschaften in Herkunfts- und Transitländern durchzuführen.

Der EGB wird UnionMigrantNet stärken, um die Attraktivität und Sichtbarkeit von gewerkschaftlicher Unterstützung für Migranten zu erhöhen. Eine Ad-hoc-Gruppe wird eingerichtet werden, um Pilotvorschläge für grenzüberschreitende Kooperation und gegenseitige Anerkennung der Mitgliedschaft zwischen Mitgliedern von UnionMigrantNet zu identifizieren.

Migration in der Politik zur Entwicklungszusammenarbeit

Die mittelfristige Strategie des EGB umfasst ein erneuertes Engagement zur Stärkung der Verbindung zwischen Migration und Entwicklungszusammenarbeit, unter anderem mit der Koordinierung der europäischen Mitglieder des Netzwerks für die gewerkschaftliche Entwicklungszusammenarbeit.

Nach der IGB-EGB-Erklärung am Gipfel EU-Afrika von 2015 wird der EGB die Interdependenz interner und globaler Dimensionen der Migration untersuchen und so das Bewusstsein um positive und negative Auswirkungen stärken, die Arbeitsmobilität auf die am wenigsten und wenig entwickelten Regionen haben kann. Der EGB wird internationale Kooperationsstrategien unterstützen, die sozioökonomische Entwicklungen und die Konsolidierung demokratischer Institutionen fördern. Der EGB wird seine Kooperation mit dem IGB und Gewerkschaften auf anderen Kontinenten im Bereich Migration, Asyl und allgemeiner im Kampf gegen Populismus und Fremdenhass verstärken.

Besonders wichtig wird die Überwachung der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele und der UN-Agenda 2030 in Europa und weltweit, insbesondere die Aufnahme des Schutzes von Wanderarbeitern in die Zielsetzungen der menschenwürdigen Arbeit im privaten und öffentlichen Sektor.

Besondere Aufmerksamkeit wird der ethischen Einstellung gut informierter Arbeitnehmer und den Risiken des Braindrains gewidmet werden. Der EGÖD-HOSPEEM Verhaltenskodex „Ethische grenzüberschreitende Einstellung“ bleibt eine bewährte Praxis.

Sozialer Dialog sollte vollen Eingang in die EU-Kooperation finden, um Multinationals dazu zu verpflichten, menschenwürdige Arbeit in Herkunftsländern massiver Migrationsströme zu unterstützen. Dazu sollte die EU-Handelspolitik von Unternehmen verlangen, die UN-Leitsätze in ihren Lieferketten zu respektieren. Die EU-Entwicklungspolitik sollte auch Ziele zu Klimagerechtigkeit reflektieren, Geschlechtergleichstellung und Chancengleichheit für alle fördern, moderne Sklaverei und Zwangsarbeit bekämpfen und die Schulbildung ausbauen.

Der EGB ruft die Mitgliedsstaaten auf, eine Entwicklungspolitik zu verfolgen und ausreichend zu finanzieren, die diese Ziele unterstützt, und mit dem EGB und dem IGB als Partner in dieser Aufgabe zusammenzuarbeiten. Der EGB wird den IGB in seinem Bemühen unterstützen, finanzielle Ressourcen für die Entwicklungszusammenarbeit gut in der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) verankert zu halten.